

DIE REPUBLIKANER



STELLUNGNAHME ZUM HAUSHALT 2007

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,
meine sehr geehrten Damen u. Herren,

ich werde es vermeiden, bekanntes zu wiederholen, unser Bürgermeister und Stadtkämmerer hat mit der Haushaltseinbringung bereits alles Notwendige gesagt, auch haben meine Vorredner ihre Redezeit wie gewohnt zu Genüge ausgeschöpft. Ich werde mich deshalb auf das wesentliche beschränken und nur markante Daten des diesjährigen Haushalts hervorheben.

Erlauben Sie mir dennoch, wie immer einen kurzen Abstrich auf unsere bundesrepublikanischen Verhältnisse zu machen. Ja republikanisch, dass klingt gut !

Man kann nun einmal nicht die gesamtdutsche Entwicklung -die Arbeit der Bundesregierung und die der Länder- so einfach unter den Tisch kehren, ist diese doch maßgeblich an der Gestaltung der kommunalen Haushalte mitbestimmend. Der Fisch fängt nun einmal vom Kopf her an zu stinken.

Wie wir alle wissen, scheint die Bundesrepublik Deutschland das Tal der Tränen -die Rezessionsphase- so langsam überwunden zu haben. In den meisten Branchen geht es aufwärts, sogar in der lange derbenden Bauindustrie. Die Unternehmen trotzen vor Zuversicht. Die große Überraschung aber hält der Konsumklima-Index parat: Die Verbraucher, die sich jeden Ausflug von Optimismus bereits sechs triste Jahre lang entzogen haben, werden wieder kauffreudig. Ob durch die drei-prozentige Erhöhung der Mehrwertsteuer wieder Verbraucherlerthargie zu drohen scheint, bleibt abzuwarten. Dauerhaft steigt die Nachfrage nur, wenn die Arbeitslosigkeit deutlich abnimmt und die Angst der Menschen schwindet, den eigenen Job zu verlieren.

Niemand sollte behaupten, der Aufschwung der deutschen Wirtschaft sei das Werk der Politik, sei gar ein Merkel-Boom. Die Bundesregierung -unsere große Koalition- hat alles getan, um den Beweis des Gegenteils anzutreten. Was soll nicht noch alles steigen ?

Die Einkommenssteuer für reiche Privatleute und, wenn der Gesundheitssoli kommt, auch für den Rest der Steuerzahler.

Der Rentenbeitrag für alle, die noch einen festen Job haben. Und als krönender Abschluss die Erhöhung der Mehrwertsteuer für jedermann. Nein, der Politik ist der Aufschwung nicht zu verdanken, die Deutschen haben sich verdient, in Tausenden von betrieblichen Bündnissen, mit längeren Arbeitszeiten und dem Willen mehr Leistung zu erbringen. Wie immer man auch die bisherigen Reformen der Bundesregierung bewerten mag, in der Bevölkerung bleibt eine große Unsicherheit und Ungewissheit darüber, wohin die Reise letzten Endes geht.

Die rhetorischen Anstrengungen von Vertretern der großen Parteien zeigen, dass es sowohl ein programmatisches als auch ein Vermittlungs- und Kommunikationsproblem zu geben scheint, und dass die politische Klasse mit Blick auf ihre jeweilige Klientel unsicher ist, wie es weiter gehen soll. Das gilt vor allem für die SPD mit ihrer klassischen und verunsicherten Zielgruppe in den unteren und mittleren sozialen Schichten. Vor allem wird deutlich, was die Meinungsforschung aktuell – und mittlerweile zum wiederholten Male – belegt hat: Die Kluft zwischen Bürgern und Politik ist – seit sie gemessen wird – so tief wie noch nie. Die Menschen sind zum einen zu einem großen Anteil unzufrieden mit der Politik und ihren Akteuren, verlieren immer mehr Vertrauen in deren Kompetenz; auf der anderen Seite sind sie sehr unzufrieden mit ihrem eigenen Einfluss auf die Politik.

Aber auch die Schere zwischen Arm und Reich geht seit Jahren in unserem Land immer weiter auseinander. Die soziale Abschottung hat immer mehr zugenommen. Der wirtschaftliche Aufstieg ist für viele Menschen derart schwer geworden, dass sie für sich keine Perspektiven mehr sehen.

Wenn die Bundesregierung in ihrem bisherigen Stil so weiter macht, liegt die Vermutung nahe, dass die Kluft zwischen Bürgern und der Politik weiter wachsen wird.

Und dies macht sich auch hier auf kommunaler Ebene bemerkbar. Wir Gemeindevertreter werden in der Öffentlichkeit angeprangert und für Missstände verantwortlich gemacht, die andere ausgefressen haben. Weitere Ausführungen hierzu aber noch an anderer Stelle.

Aufgrund konjunktureller Einflüsse nahm in den letzten Jahren unsere städtische Finanzkraft zunehmend rapide ab. Unser Haushalt konnte nur immer mehr unter erschwerten Bedingungen und mit großen Kraftanstrengungen ausgeglichen werden. Die entsprechenden Haushaltsausgleiche hatten wir der Finanzverwaltung und letztendlich der Fachkompetenz unseres Stadtkämmerers und Bürgermeisters zu verdanken.

Der diesjährige Haushaltsplan sieht ebenso einen Ausgleich vor. Die städtischen Gremien mussten auf Anweisung der übergeordneten Behörde aufgrund des eingeplanten Haushaltsdefizits in 2006 ein Haushaltssicherungskonzept erstellen, an dessen Ausarbeitung alle hier vertretenen Fraktionen in diesem Hause beteiligt waren.

In insgesamt 12 Sitzungen, von Januar bis Oktober des letzten Jahres wurden sämtliche Ausgabenpositionen auch die der freiwilligen Leistungen unseres diesjährigen Haushaltes unter die Lupe genommen. Notwendiges hatte vor wünschenswertem zu rangieren, auch mussten Steuern, Gebühren, Abgaben und Nutzungsentgelte geringfügig angehoben werden. So manch ein Bürger spricht sogar von gravierenden Einschnitten, die das private Budget sehr deutlich belasten würden. In Zeiten immer schlechter werdenden Finanzen ist die öffentliche Hand, sind insbesondere die Kommunen angehalten, um Defizite zu verringern oder auszugleichen, Abgaben, Gebühren u. Steuern zu erhöhen. Mit Sicherheit kein gutes Unterfangen. Im Gegensatz zu vielen anderen Städten u. Gemeinden halten sich in unserer Stadt die Abgaben, Gebühren und Steuererhöhungen sowie auch die geringfügige Anhebung von Nutzungsentgelten in einem bislang noch vertretbaren Maß. In der heutigen Zeit kann man nicht nur fordern, man muss auch bereit sein, vertretbare Opfer zu erbringen. Die städtischen Gremien sind auch zukünftig angehalten, Vorbehalte zu signalisieren und Fragezeichen zu setzen, um die Einnahmen und Ausgaben einschätzen und begründen zu können. Jedoch sprechen wir REP uns zukünftig gegen weitere Gebühren- u. Steuererhöhungen aus. Auch für Privathaushalte sind die Steuer- u. Abgabenleistungen in den letzten Jahren derart gestiegen, dass kaum noch freie Reserven vorhanden sind.

Unser nunmehr zweite Haushalt gemäß den Grundsätzen der doppelten Buchführung weist Eckdaten aus, die sich durchaus sehen lassen können. Unser Kämmerer hat hierauf bereits hingewiesen. Die positive Entwicklung bei den Gewerbesteuerereinnahmen, ein Anstieg im letzten Jahr um etwa 7 Mio. EUR auf nunmehr 26,7 Mio. EUR für das Haushaltsjahr 2007, hat im enormen Maße dazu beigetragen, dass die Kämmerei die Hoffnung hegt, einen Haushaltsausgleich für das letzte Jahr erzielen zu können, zeigt aber einmal wieder ganz deutlich unsere Monostruktur bei den Gewerbesteuerereinnahmen auf. Im Ergebnis ist der Etat mit 41,01 Mio. EUR für Erträge gegenüber 40,9 Mio. EUR für Aufwendungen nicht nur ausgeglichen, sondern erzielt gar einen Überschuss in Höhe von 85.000 EUR. Die Investitionen belaufen sich auf 3,47 Mio. EUR.

Die Schuldenlast verringert sich auf über 2,26 Mio. EUR, eine weitere Reduzierung von Investitionskrediten um 460.000 EUR lässt den Schuldenstand auf nunmehr rund 8,53 Mio. EUR schrumpfen. Eine Kreditaufnahme für veranschlagte Investitionen ist nicht notwendig.

Das hohe Steueraufkommen jedoch beinhaltet den Nachteil, auch hohe Umlagezahlungen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleiches finanzieren zu müssen. Nach wie vor ist unsere Stadt Haupteinzahler in die Kasse unseres Landkreises. Alleine 15,7 Mio. EUR müssen als Kreis- und Schulumlage abgeführt werden. Hinzu kommen 6,3 Mio. EUR an Gewerbesteuerumlage, die je zur Hälfte an Bund und Land abgeführt werden muss. In naher Zukunft wird die Kreisumlage noch weiter steigen, denn die Hessische Landesregierung sieht eine Erhöhung der Bemessungsgrundlage für die Kreisumlage von 95 auf 100 Prozent vor, was erhebliche Mehreinnahmen für die Landkreise zur Folge hat. Diese beabsichtigte Erhöhung bedeutet für die kreisangehörigen Kommunen zusätzliche finanzielle Belastungen. Es kann und darf nicht sein, dass die Städte und Gemeinden die Landkreise sanieren und dabei selbst immer mehr in die Schuldenfalle tappen. Die jahrelangen und auch erfolgreichen Konsolidierungsbemühungen der kreisangehörigen Kommunen werden hierdurch mit einem Schlag zunichte gemacht. Es hilft uns sehr wenig, wenn wir den örtlichen Haushalt konsolidieren, den Bürgerinnen und Bürgern verständlich machen, warum wir örtlich auch seitherige Leistungen streichen müssen und die Regierungspräsidenten per Dekret den Hebesatz der Kreisumlage nach oben setzen. Das Nullsummen-Spiel beginnt ansonsten immer wieder von vorne. Die Kreise werden durch die Erhöhung der Kreisumlage finanzpolitisch keineswegs gerettet, die kreisangehörigen Gemeinden aber entmutigt, ihre Haushalte zum X-ten Male zu konsolidieren. Durch einen kleinen Federstrich rechnet der Gesetzgeber den kreisangehörigen Raum auf dem Papier reicher – und macht die Städte und Gemeinden in Wirklichkeit ärmer. Es kann und darf nicht sein, dass allein der Schuldenstand der Kreise zur Begründung für diese Wohltat herangezogen wird und die Sparsamen damit bestraft werden. Für uns kreisangehörigen Kommunen bedeutet die Erhöhung der Bemessungsgrundlage trotz wachsender Staatseinnahmen weitere drastische Einbußen und eine dramatische Zuspitzung unserer Finanzlage. Wir Republikaner sehen in diesem Vorgang ein Auseinanderdividieren der kommunalen Familie.

Die in den letzten Jahren von unserer Stadt aufzubringenden Mittel für die Finanzierung des hiesigen Kreishaushaltes sind stetig angestiegen, ohne

dass sich die Kreisfinanzen jedoch zunehmend verbessert haben. Es ist endlich an der Zeit, dass unser Kreis seinen Haushalt auf Einsparungen in der Weise durchforstet, wie wir dies als Kommune in den letzten Jahren mit großer Kraftanstrengung durchgeführt haben.

Meine Damen u. Herren,
besorgniserregend ist die zunehmende Verlagerung von Aufgaben ohne finanziellen Ausgleich, welche von Bund und Ländern den Städten und Gemeinden aufgezwungen werden. Zukünftig werden wir hier noch sehen können, wie wir z.B. den Anspruch auf einen kostenfreien Kindergartenplatz im letzten Kindergartenjahr zu finanzieren haben. Und hieran wird auch die 100 Mio. EUR Förderung des Landes an die Kommunen im Rahmen des Bambini-Programmes nichts gravierendes ändern.

Die Aufgaben der Kommunen können nicht durch den Gesetzgeber mittelbar und unmittelbar in schleichender Kontinuität erweitert und gleichzeitig politisch die Verschlinkung als das Maß aller Dinge ausgerufen werden. Konnexität muss Praxis für den Gesetzgeber sein und darf nicht unterlaufen werden.

Wie zunehmend erkennbar ist, haben wir Kommunalpolitiker nur noch sehr wenig Spielraum, einen Haushalt nach eigenen Vorstellungen bestimmen zu können. Selbstverwaltung im Sinne der Gemeindeordnung stelle ich mir anders vor.

Als positive Eckpfeiler unseres Haushaltes loben wir REP die realistische Einschätzung unserer wirtschaftlichen Möglichkeiten sowie die vergleichbar mit den letzten Jahren maßvolle Ausgabenpolitik.

Aus dem vorliegenden Haushaltsplan ist auch für den Laien ersichtlich, dass auch in diesem Jahr mit den unserer Stadt zur Verfügung stehenden Einnahmen ein umfangreiches Maß an Aufgabenerfüllung geleistet wird. Der diesjährige Ausgabenansatz an freiwilligen Leistungen unserer Stadt in den Bereichen der Jugend-, Alten- u. Vereinsarbeit sowie im Sportbereich ist beachtlich und erwähnenswert.

Lobenswert aber auch sind die geplanten Investitionen im Bereich des Straßenaus- und -neubaus. Hier insbesondere der 2. Bauabschnitt Hauptstraße und der Neubau der Bushaltestelle am Aufbauplatz.

Meine Damen u. Herren,
die angespannte Lage der öffentlichen Haushalte auf der einen Seite und die Bedürfnisse der Bürger nach gesicherter Lebensführung auf der anderen Seite machen deutlich, dass eine nachhaltige wirtschaftliche

Entwicklungsförderung heute zum zentralen Aufgabenbereich der Politik gehört. Und dies, so meine ich, geht hier unsere Stadt mit gutem Beispiel voran.

Neue Begehrlichkeiten dürfen nicht geweckt werden, wie immer hat zukünftig notwendiges vor wünschenswertem zu rangieren.

Der diesjährige Haushalt ist wie immer umfassend, überschaubar und detailliert dargestellt. Wie immer an dieser Stelle gilt es heute nun wieder einmal Dank zu sagen an all jene Kräfte der Finanzverwaltung und allen übrigen am Zahlenwerk Beteiligten.

**Wir Republikaner werden der vorliegenden Haushaltssatzung, dem Investitionsprogramm, dem Wirtschaftsplan Eigenbetrieb „Dienstleistungen u. Immobilien“ sowie dem Wirtschaftsplan der Stadtwerke unsere uneingeschränkte Zustimmung erteilen.
Ihnen meine Damen u. Herren danke ich für Ihre Aufmerksamkeit.**